

Rede der Fraktion „Pro Spaichingen“ zur „Bergsitzung“ des Gemeinderats am 22.01.2018

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren Amtsleiter und Mitarbeiter der Verwaltung,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,
liebe Ordensgemeinschaft,
liebes Gaststättenteam,

im Namen von Pro Spaichingen möchte ich Ihnen zunächst noch alles Gute, viel Glück, vor allem Gesundheit und ein erfolgreiches Jahr 2018 wünschen.

Zunächst eine Erklärung zum Haushalt 2018, über den der Gemeinderat heute Beschluss fassen soll. Über einen Haushalt, der trotz bester wirtschaftlicher Lage eine Kreditaufnahme von 5,5 Mio. €, somit fast das Doppelte der gesamten aktuellen Verschuldung der Stadt, vorsieht. Die Stadt möchte mehr als 14 Mio. € investieren, das ist deutlich mehr als in den beiden Vorjahren. Sie will auch mehr als 23 Mio. € im Verwaltungshaushalt ausgeben, ebenfalls über den Vorjahreswerten. Und dass, obwohl für die Zuführungsrate aus dem Verwaltungs- in den Vermögenshaushalt angesichts der hohen Umlagen und Abführungen nur 1,8 Mio. € übrig bleibt, und somit gegenüber den beiden Vorjahren nur noch ein Bruchteil beträgt.

87 % dieser gesamten Rekord-Investitionen und –Ausgaben könnte die Stadt angesichts ihrer hervorragenden wirtschaftlichen Lage ohne Kreditaufnahme meistern. Lediglich 13 % müssten gestrichen, auf einen späteren Zeitpunkt verschoben, oder über zusätzliche Einnahmen verdient werden.

Offenbar ist dies jedoch nicht gewünscht. Wir haben Vorschläge hierzu in unseren Haushaltsplan vorgelegt, die sogar noch die Sanierung des Lehrschwimmbeckens mit 1 Mio. €, mit allenfalls geringer Kreditaufnahme, beinhaltet hätte. All dies wurde jedoch vom Gemeinderat verworfen. Im Gegenteil, hat der Gemeinderat nach dem Haushaltsentwurf vom 24.10.2017 mit einer Kreditaufnahme von 5,3 Mio. € nochmals Beschlüsse über weitere Investitionen und Ausgaben in Höhe von rd. 878.000 € gefasst.

Alles in Allem: Dies ist nicht unser Haushalt.

Wir halten ihn für völlig überzogen, und angesichts des skandalösen Ablaufs der Sitzung vom 4.12.2017 (Stichwort: mündliche Tischvorlagen!) sogar für nicht rechtmäßig zustande gekommen. Der Gemeinderat ist offenbar nicht bereit, Ausgaben zu beschränken oder zu verschieben. Wir können das Zustandekommen dieses Haushalts in keinsten Weise akzeptieren. Die einzige rechtliche Konsequenz, die wir daraus ziehen können, ist, diesen Haushalt mit aller Entschiedenheit abzulehnen.

Trotzdem sind wir zuversichtlich, dass die Stadt bis zum Ende des Jahres ohne Kreditaufnahme auskommen kann, weil sich Haushaltsreste oder Überschüsse aus dem Jahr 2017 in Millionenhöhe ergeben werden, weil sich die Gewerbesteuererinnahmen mindestens auf dem Niveau von 2017 halten werden, und weil es die Verwaltung mit ihrer aktuellen Mannschaftsstärke nicht schaffen wird, sämtliche Haushaltspositionen des Jahres 2018 auch in diesem Jahr auszugeben. Dies sind allerdings alle Faktoren, welche zwangsläufig eintreten werden. Falls wir also tatsächlich um eine Kreditaufnahme herumkommen sollten, dürfte dies nicht Ausfluss eines „guten Wirtschaftens“ der Stadt sein, sondern vielmehr an unrealistischen Haushaltsansätzen liegen.

So weit in aller Kürze zum Haushalt. In unserer Rede über das vergangene Jahr wollen wir uns auf einen Vorfall konzentrieren, der aus unserer Sicht ein kompletter Skandal war. Und wir halten es für wichtig, dass die Spaichinger Öffentlichkeit endlich erfährt, wie damals die Diskussion über die Errichtung von Wohncontainern für die Anschlussunterbringung von anerkannten Asylbewerbern abgelaufen ist.

Es begann in der nichtöffentlichen Sitzung vom 29.05.17, in welcher Herr Bürgermeister Schuhmacher den Gemeinderat informierte, dass Spaichingen auf Mitteilung des Landratsamts 21 anerkannte Asylbewerber aufnehmen, und für diese Personen Wohnraum zur Verfügungen stellen muss. Daher sollten Wohnungen in sogenannter Modulbauweise - auf deutsch : Wohncontainer - erstellt werden. Welche Inhalte hier allerdings schützenswert für eine nichtöffentliche Sitzung waren, erschließt sich uns bis heute noch nicht. Gesprochen wurde über 10 3-Zi.Wohnungen mit je 60 qm Wohnfläche für 1,3 Mio. €.

In der darauf folgenden Sitzung hieß es, der Bau sei unumgänglich, und könne nicht mehr verschoben werden. Aufgrund dieser Aussage hat der Gemeinderat einen Beschluss gefasst, wonach auf dem Gelände neben den Eisenbahngleisen Wohnungen in Modularbauweise durch einen Generalunternehmer erstellt werden sollen. Herr Bürgermeister Schumacher schlug als Generalunternehmer ein in Spaichingen ansässiges Unternehmen vor, mit welchem er schon öfter zusammengearbeitet hatte. Der Vorschlag dieser Firma waren zunächst 16 Wohnungen für 2,3 Mio. €, im Endausbau erweiterbar auf 32 Wohnungen für 4,1 Mio. € - also deutlich mehr als bislang besprochen.

Die Fraktionen der Grünen und Pro Spaichingen stellten sich gegen diesen Vorschlag, da die Gesamtinvestition zu hoch sei, und nur ein Angebot eines einzigen Generalunternehmers vorlag, bei dem zudem das Gerücht von Vetternwirtschaft aufkommen könnte. Deshalb sollten Angebote von mehreren regionalen Bauträgern eingeholt werden. Die Fraktionen der Freien Wähler, FDP und SPD unterstützten hingegen den Vorschlag des Bauunternehmens und der Verwaltung. Die konkrete Anzahl der Wohnungen und der erforderlichen Investitionssumme sollte in der nächsten Sitzung beschlossen werden. Auch in dieser Sitzung wurden keinerlei schützenswürdige Inhalte angesprochen, deshalb hätte dieser Tagesordnungspunkt öffentlich behandelt werden müssen.

Auch in dieser nächsten Sitzung wurde aus nicht nachvollziehbaren Gründen nichtöffentlich über die Anschaffung von Wohncontainern diskutiert. Herr Bürgermeister Schuhmacher erklärte, dass der Geschäftsführer von einem Generalunternehmer nebst Bauleiter, sowie dem Geschäftsführer eines Ingenieurbüros an der Sitzung teilnehmen würden, um das Vorhaben vorzustellen. Der Gemeinderat müsse aufgrund der Dringlichkeit der Angelegenheit heute noch eine Entscheidung treffen. Deutliche Proteste kamen wieder vor Allem aus dem Lager der Grünen und von uns.

Wir lehnten die Teilnahme dieser Herren an der Sitzung ab, da es noch keinen Beschluss gab, dass die Spaichinger Firma den Bau durchführen sollte. Dennoch bat Bürgermeister Schuhmacher die drei Herren zur Sitzung herein.

Nicht wie üblich 10 Tage vor der Sitzung, sondern erst jetzt wurde eine Tischvorlage ausgeteilt. Es lag nun eine Gesamtkostenaufstellung des Bauunternehmens vor, die sich gegenüber der vorigen Sitzung nochmals preislich deutlich aufgebläht hatte. Außerdem lag laut Tischvorlage ein Vergleichsangebot einer Baugesellschaft vor. Die Wohnbau Tuttlingen hätte angeblich auf die Anfrage der Stadt nicht reagiert.

Wie uns später auf unsere Nachfrage bei der Wohnbau Tuttlingen mitgeteilt wurde, war dort nie eine Angebotsanfrage eingegangen, man habe seit 3 Jahren nichts mehr mit der Spaichinger Stadtverwaltung zu tun gehabt!

Herr Bürgermeister Schuhmacher schlug vor, den Vorschlag der Spaichinger Baufirma mit 24 Wohnungen und einem Investitionsvolumen für 3,75 Mio. € anzunehmen. Es folgten heftige Diskussionen. Wir monierten, dass der Quadratmeterpreis von ca. 3.300 € für einen Containerbau viel zu hoch sei, der Abstand zur Straße - es waren nur wenige Zentimeter - zu gering, die Gebäude an dieser Stelle viel zu wuchtig. Unsere Fraktion erhielt Ordnungsrufe, weil wir über die eben ausgeteilte Tischvorlage diskutierten, über die an diesem Abend Beschluss in Höhe von 3,75 Mio. € gefasst werden sollte. Wir haben deshalb Vertagungsantrag gestellt, über den aber nicht abgestimmt wurde.

Wir wurden aufgefordert, den SMS-Verkehr einzustellen, obwohl wir lediglich einen Taschenrechner bedient und dabei festgestellt hatten, dass in der Tischvorlage die vier Zahlen aus der Beschlussvorlage falsch zusammengezählt waren, und das Vorhaben somit letztendlich nochmals ca. 150.000 € teurer als angegeben war. Das Investitionsvolumen lag nun also bei insgesamt ca. 4 Mio. €. Und zu alledem ist bei dieser Summe noch nicht einmal der Grundstückspreis mit eingerechnet!

Seltsamerweise kam vonseiten der Freien Wähler, FDP und SPD keinerlei Gegenrede zum Verwaltungsvorschlag. Im Gegenteil bot man uns an, dass man ja zunächst nur 8 oder 16 Einheiten bauen könne, wenn uns die Gesamtsumme zu hoch wäre. Weshalb diese Fraktionen diesen Antrag unter allen Umständen, sei es auch nur mit weniger Containern durchbringen wollte, erschließt sich uns bis heute noch nicht. Letztendlich wurde in dieser Sitzung jedoch kein Beschluss gefasst.

In den nachfolgenden Tagen hatte die CDU-Fraktion vorgeschlagen, zum Verkauf stehende Gebäude von Privatpersonen anzukaufen, anstelle neuer Wohncontainer anzuschaffen. Daraufhin lud der Fraktionsvorsitzende der Freien Wähler, Herr Staudenmayer, den damaligen CDU-Fraktionsvorsitzenden Tobias Schumacher zu einem Gespräch ein. Da dieser das Gespräch abgelehnt hatte, wird es Spekulation bleiben, dass Herr Staudenmayer vorhatte, Herrn Schumacher dazu zu bringen, mit seiner Fraktion dem Vorschlag der Verwaltung zuzustimmen, anderenfalls Herrn Schumacher, gleichzeitig Vorsitzender des Sportvereins, mit dem Antrag über die künftige Unterbringung der Boxabteilung des SVS abblitzen zu lassen.

Und so wurde in der nächsten öffentlichen Sitzung der Antrag über die Unterbringung der Boxer mit den Stimmen der Freien Wähler, FDP, SPD und des Bürgermeisters abgelehnt.

„So funktioniert Politik“ in den Augen der zustimmenden Fraktionen und des Vorsitzenden. „Gibst Du mir, geb' ich Dir“ - aber nicht mit uns.

Als klar wurde, dass die Grünen, die CDU und Pro Spaichingen hier nicht mitspielen würden, war angeblich plötzlich kein Bedarf mehr für den Bau von Wohnungen vorhanden. Um zu verhindern, dass diese Sache zu sehr hochkocht - es wurde ja auch in der Presse bereits berichtet, bemühte man sich nun um realistische Angebote für dieses Vorhaben.

Und so lag bald schon ein neues Angebot einer Firma aus dem Landkreis vor, die den Bau von Wohnungen in Modularbauweise beinahe zum halben Preis anbot. Wenn der Gemeinderat in der Sitzung vom 10.07.2017 also tatsächlich für den Vorschlag der Verwaltung gestimmt hätte, hätte die Stadt Spaichingen sage und schreibe fast 2 Mio. € mehr für diesen Bau ausgegeben, als dies nach den heutigen Erkenntnissen erforderlich gewesen wären.

Als Gemeinderat überlegt man sich angesichts dieser Erfahrungen rückblickend schon, in welche Taschen diese unnötig investierten 2 Mio. € geflossen wären.

Tief enttäuscht sind wir auch über das Verhalten der beisitzenden Amtsleiter in dieser Sache. Rein unter Besoldungsgesichtspunkten haben wir, zumindest Landkreisweit betrachtet, in Spaichingen wahre Koryphäen ihres Fachs sitzen. Sie sollten die Gemeinderäte eigentlich unterstützen und fachliche Hilfe und Erklärungen zu den zu treffenden Entscheidungen geben.

Weshalb ist die Bauamtsleiterin nicht eingeschritten, als Kosten für Containerbauten – also keine Massiv-Neubauten – von 3.500 € und mehr pro qm Wohnfläche aufgerufen wurden? Jetzt im Nachhinein stellt sich heraus, dass es auch Anbieter für nahezu der Hälfte der Kosten gibt.

Auch der Kämmerer gab keinerlei Hinweise zur Finanzierbarkeit einer Investition von knapp 4 Mio. €. Später stellt sich heraus, dass sich die Stadt diese Investition gar nicht leisten konnte. In einer späteren Gemeinderatssitzung warnte er vor Kreditaufnahmen und ermahnte die Stadträte, dass angesichts einer drohenden Kreditaufnahme von 2,9 Mio. € keine Investitionen mehr getätigt werden dürfen, legte aber in der darauf folgenden Sitzung einen Haushaltsentwurf mit einer Kreditaufnahme von 5,3 Mio. € vor.

- Wo war also die Unterstützung der Amtsleiter?
- Wie lässt sich solch ein Verhalten erklären?
- Ist es Gleichgültigkeit?
- Ist es ein sogenannter „Maulkorb“?
- Oder ist es gar Inkompetenz?
- Soll man da von „guter Arbeit“ reden?
- Kann man von „Vertrauen“ reden?

Sie, sehr geehrte Frau Schmidtman-Deniz, sehr geehrter Herr Leute, machen uns die (weitere) Zusammenarbeit mit Ihnen wirklich schwer.

In der Zusammenfassung ergibt sich folgendes Bild der Diskussionen um die Herstellung von Wohnraum für anerkannte Asylbewerber und sozial schwache Personen:

- in 4 Sitzungen wurden jeweils total verschiedene Planungen, Preisangaben und Wohnungsmengen vorgelegt.
- Die Investitionssummen schwankten zwischen 1,35 Mio. € bis ca. 4 Mio. €.
- Zum Teil sollte der Gemeinderat anhand von fehlerhaften und unausgegorenen, in der Sitzung ausgeteilten Tischvorlagen kurzfristig über Millionenausgaben abstimmen.

In diesem Umfeld müssen ehrenamtlich tätige Gemeinderäte, abends, nach ihrem Job, über Millionen-Investitionen der Stadt entscheiden.

Aber es gibt in Zusammenhang mit diesem Thema noch mehr ungeklärte Fragen:

- Weshalb werden offenkundig öffentliche Themen, ohne irgendwelchen Schutzcharakter ausschließlich nichtöffentlich diskutiert?
- Wem dient, dass die Diskussion ausschließlich nichtöffentlich geführt wird?
- Soll ein Vorgang der Öffentlichkeit vorenthalten werden?
- Darf oder soll, oder will man seine Meinung nicht öffentlich kundtun?
- Sollen Diskussionen vertuscht, oder Meinungen verschwiegen werden?

Hierzu ein kleiner Exkurs zu einem Urteil des Verwaltungsgerichtshofs Baden-Württemberg in Mannheim aus dem Jahr 2000:

„Es widerspricht Sinn und Zweck des Gebots der Öffentlichkeit von Gemeinderatssitzungen, wenn in nichtöffentlicher Sitzung, ohne dass die Voraussetzungen schutzbedürftiger Inhalte vorliegen, die Sachdiskussion vorweggenommen wird.“

Außerdem noch ein Urteil des Verfassungsgerichts Karlsruhe aus dem Jahr 2013:

„Ein unter Verstoß gegen das Prinzip der Öffentlichkeit von Sitzungen des Gemeinderats nach § 35 Abs. 1 GemO zustande gekommener Beschluss des Gemeinderats ist nichtig.“

Unseres Erachtens bewegt sich die Verwaltung angesichts des Investitionsvolumens, der Dringlichkeit und Eilbedürftigkeit des Vorhabens ohne rechtlicher Grundlage.

Aber es geht noch weiter mit ungeklärten Fragen.

- Wieso wollte Herr Bürgermeister Schuhmacher den mit einem Architekten- und Bauleiterhonorar von beinahe 500.000 € (!) dotierten Auftrag an einen „Generalunternehmer“ vergeben, mit deren leitenden Personen er auch privat schon Geschäfte abgewickelt hat?
- Und weshalb gibt er in einer Sitzungsvorlage an, dass er von der Wohnbau Tuttlingen keine Rückantwort erhalten hätte, obwohl dort gar keine Anfrage eingegangen ist?
- Was ist der Hintergrund für solch ein Verhalten?

Und es geht noch weiter mit ungeklärten Fragen.

- Wieso empören sich andere Fraktionen angesichts dieser Rahmenbedingungen nicht ebenso über diese Vorgänge?
- War Ihnen die Tischvorlage vielleicht schon früher bekannt, und konnten sie so ihre Entscheidung über dieses Thema schon im Vorfeld der Sitzung fällen?
- Oder Ist Ihnen eine Entscheidung über Ausgaben der Stadt über 4 Mio. € egal?
- Hätten diese Fraktionen dann überhaupt noch die Interessen der Stadt und ihrer Bürger im Sinn?
- Oder haben diese dann vielleicht andere Interessen im Sinn; wenn ja: welche?

Noch immer ist nicht Schluss mit ungeklärten Fragen.

- Welche Rolle spielt Herr Stadtrat Staudenmayer bei der ganzen Geschichte?
- Weshalb hatte er versucht, andere Fraktionen auf die Seite der Verwaltung zu ziehen?
- Versprach er sich davon einen Vorteil für seine Fraktion? Oder für die Stadt? Oder für sich selbst?
- Was war an diesem Beschluss so wichtig, dass sogar ein total anderes Beschlusssthema als Konzessionsentscheidung für eine nicht erfolgte Zustimmung herhalten musste?
- Mit welchem Recht und in welcher Funktion hatte er im Sommer höchstpersönlich in Begleitung von Bürgermeister Schuhmacher einen Landwirt an der Ausübung seiner Arbeit gehindert?
(Aber dies ist eine andere Geschichte.)

Fragen über Fragen, über die wir allenfalls spekulieren könnten. Da die Wahrheit jedoch vermutlich nie ans Tageslicht kommen wird, wollen wir es jedem Einzelnen und jedem Bürger überlassen, diese Fragen für sich selbst zu beantworten.

Nun dürfte auch für jeden klar sein, wieso Herr Bürgermeister Schuhmacher uns und andere Teile des Gemeinderats nicht zu seinen heimeligen „Nebenbei-Treffen“ einlädt, wo es doch so „harmonisch und konstruktiv“ zugeht, wie ein Teilnehmer in der Zeitung verkündete.

Vor uns liegt nun das Jahr 2018. Ein Jahr, von dem wir angesichts dieser Rahmenbedingungen nichts zu erwarten haben. Wenn wir uns etwas wünschen könnten, dann wäre das ein Bürgermeister, der die geltenden Richtlinien der Gemeindeordnung, der Hauptsatzung und der Geschäftsordnung in dem Sinne beachtet und lebt, wie sie vom Gesetzgeber gedacht sind, und nicht ständig zu seinen Gunsten biegt und auslegt, wie er es gerade braucht. Wir würden uns einen Bürgermeister wünschen, der sich endlich an das Gebot der Neutralität von Amtspersonen, wie es unsere Verfassung vorsieht, hält, und sämtliche Fraktionen und auch die Bürgerschaft in die Planungen und Vorhaben der Stadt mit einbezieht. Einen Bürgermeister, der Bürger, die sich in ihrer Freizeit an einem Bürgerprojekt beteiligen, und sich Gedanken um die künftige Entwicklung der Stadt machen, nicht maßregelt und abkanzelt wie dumme Schulkinder, die es wagen, Verbesserungsvorschläge zu machen, die die Stadt Geld kosten. Aber wir wissen, dass dies alles nur Wunschdenken ist, und vorerst auch so bleiben wird.

Wir werden uns weiterhin mit aller Kraft für das Wohl der Bürger der Stadt Spaichingen einsetzen und versuchen zu verhindern, dass Spaichingen noch weiter abrutscht. Abrutscht, vielleicht nicht zu einem Bananenstaat, aber immerhin zu einer Bananenstadt.

Wir die Fraktion Pro Spaichingen bedanken uns für Ihre Aufmerksamkeit.

Vielen Dank.